

Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl

friedensfähig oder kriegstüchtig?

Wohin führen uns die Parteien?

**ACHTUNG: neuer
Veranstaltungsort !**

**Freitag, 7. Februar 2025, 19 Uhr
Friedrichshafen, Graf-Zeppelin-Haus**

mit **Andreas Zumach** Moderator des Abends
ehem. UNO-Korrespondent in Genf, freier Journalist (taz u.a.), Buchautor



und den Bundestagskandidat*innen der im Bundestag vertretenen Parteien:



DIE LINKE

Andreas Reich



BSW

Manfred Hentz



B90/Grüne

Ahmad Al Hamidi



SPD

Leon Hahn



FDP

Akif Akyildiz



CDU

Christian Natterer



AfD

Markus Frohnmaier

Themen sind u.a. diese Wahlprüfsteine:

- *Friedenspolitik oder Aufrüstung und Raketenstationierung?*
- *Atomkriegsszenarien oder Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag?*
- *Fairer Handel oder Ausbeutung, Sanktionspolitik und Rüstungsexporte?*
- *Soziale Gerechtigkeit, Natur- und Klimaschutz oder Wachstumszwang und explodierende Rüstungsausgaben?*



Eintritt frei. Um Spenden zur Deckung der Kosten wird gebeten.
Spendenkonto Friedensregion Bodensee: GLS Bank DE62 4306 0967 8245 8663 00



www.friedensregion-bodensee.de



Friedensregion Bodensee e.V. (FRB) in Kooperation mit Friedenskonzepte und DFG-VK



Wahlpodium „Friedenspolitik“ am 7. Februar 2025

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten

1) Friedenspolitik oder Aufrüstung, Raketenstationierung und Rüstungsexporte?

Im Jahr 2023 wurden 177 gewaltsam ausgetragene Konflikte und 43 Kriege (1) gezählt. Viele Experten sehen uns am Rande eines 3. Weltkrieges mit der Gefahr zur atomaren Eskalation. Deutschland ist durch politische und militärische Unterstützung unmittelbar an zwei der aktuell schwersten Kriege beteiligt. Bundeswehrsoldaten operieren in 18 Ländern und Regionen der Welt (2).

Zurzeit beherrschen zwei konträre Forderungen den deutschen sicherheitspolitischen Diskurs: a) Aufrüstung und Mobilisierung hin zur „Kriegstüchtigkeit“ versus b) Diplomatie und Entmilitarisierung hin zur Friedensfähigkeit.

Fragen:

- Welches sicherheitspolitische/ friedenspolitische Konzept vertreten Sie / Ihre Partei? Welche Ausgaben für militärische Verteidigung sind dafür notwendig?
- Sollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst (BMZ), Zivile Konfliktbearbeitung, Friedensförderung, humanitäre Hilfe und Menschenrechte (AA) sowie für die Freiwilligendienste (BMFSFJ) aufgestockt werden? Wie begründen Sie Ihre Haltung?
- Welche Vorschläge unterbreitet Ihre Partei zur Beendigung der Kriege in der Ukraine und in Israel / Palästina?
- Wie steht Ihre Partei zu Rüstungsexporten in Länder außerhalb der NATO und zu Waffenlieferungen an die Ukraine und an Israel? Befürworten Sie die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine? Welche Folgen erwarten Sie?
- Befürwortet Ihre Partei die Stationierung US-amerikanischer Mittelstrecken- und Überschallraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland? Begründen Sie diese Position!

2) Atomkriegsszenarien oder Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag?

Atomwaffen bedrohen unsere Sicherheit, ihr Einsatz hätte katastrophale Folgen! Deshalb sind sie völkerrechtlich verboten. Ein Großteil der Bevölkerung will, dass Deutschland den wegweisenden UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet – doch die derzeitige Bundesregierung hält sich zurück. Im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ plant sie sogar, neue atomwaffenfähige Kampfflugzeuge anzuschaffen. Ab 2026 sollen atomwaffenfähige US-amerikanische Mittelstreckenraketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert werden.

Fragen:

- Befürwortet Ihre Partei den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag?
- Will sich Ihre Partei/wollen Sie sich für ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands und den Abzug der in der Bundesrepublik stationierten US-Atomwaffen einsetzen?
- Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

3) Fairer Handel oder Ausbeutung und Sanktionspolitik?

Während die Welt jährlich aktuell über 2400 Milliarden Dollar für Rüstung ausgibt, leben mehr als 700 Millionen Menschen in extremer Armut (3). 300 Millionen Menschen sind auf unmittelbare humanitäre Hilfe angewiesen. An den neokolonialen Ausbeutungsstrukturen unseres

Wirtschaftssystem hat sich wenig geändert. Friedenspolitik basiert auf globaler sozialer Gerechtigkeit und dem Abbau von Ausbeutung, um Hunger und Not weltweit zu überwinden. Deutschland hat sich international dazu verpflichtet, 0,7 % seiner Wirtschaftsleistung in Entwicklungszusammenarbeit zu investieren und mitzuhelfen, die 2015 beschlossenen Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (SDG 1-17) bis 2030 umzusetzen. Die SDG-Halbzeitbilanz fällt ernüchternd aus.

Westliche Sanktionspolitik führte zur Verelendung und zum Tod erschreckend vieler Menschen in den Zielländern. Im Kontext des Krieges in der Ukraine schaden die westlichen Sanktionen vor allem der deutschen Wirtschaft und Bevölkerung.

Fragen:

- Befürwortet Ihre Partei, dass das Budget für Entwicklungszusammenarbeit zumindest das 0,7%-Ziel unserer Wirtschaftsleistung (BIP) erreicht? Planen Sie, die Finanzierung der humanitären Hilfe auszuweiten?
- Wie wollen Sie gerechteren wirtschaftlichen Austausch mit den Ländern des globalen Südens erreichen?
- Wie stehen Sie / Ihre Partei zum deutschen / europäischen Lieferkettengesetz?
- Wie wollen Sie Migration gestalten?
- In welchen Fällen halten Sie wirtschaftliche Sanktionen für zielführend?

4) Soziale Gerechtigkeit, Natur- und Klimaschutz oder Wachstumszwang und explodierende Rüstungsausgaben?

Klimaerhitzung, Naturzerstörung, sozioökonomische Ungleichheit und zunehmende Armut gefährden die Demokratie und den inneren wie äußeren Frieden. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird die Klimapolitik der Bundesregierung ihrer Verantwortung für künftige Generationen nicht gerecht. Ohne aufwändige Sanierung der maroden Bahn kann die Verkehrswende nicht gelingen. An unseren Schulen fehlen laut Kultusministerkonferenz bis zum Jahr 2035 mind. 68000 Lehrkräfte. Jedes 7. Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. 16% der Jugendlichen haben täglich Selbstmordgedanken (4). In dieser Situation werden Klimaschutz, Infrastruktur, Soziales, Bildung und Kultur kaputtgespart, während der Rüstungsetat durch die Decke geht.

Fragen:

- Wie wollen Sie den Schutz von Natur und Klima voranbringen?
- Wie wollen Sie den Sozialstaat stärken und so zum gesellschaftlichen Frieden beitragen? Wie wollen Sie die Steuerpolitik gerechter und in ihrer Wirkung ökologischer gestalten?
- Welche Finanzierungspläne haben Sie für den Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich?
- Befürworten Sie ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen?
- Wie wollen Sie die Bahn zu einem verlässlichen und flächendeckenden Dienstleister umbauen?

Wir danken Ihnen für Ihre Kooperation.

(1) Statista 2024 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2736/umfrage/entwicklung-der-anzahl-von-konflikten-weltweit/>

(2) <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/170952/2faa71dc6452e3284b771a0139ecb4e2/download-einsatzkarte-data.jpg>

(3) Statista 2024 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1356924/umfrage/globale-armut-anzahl-der-armen-menschen/>

(4) Studie der Donau-Krems-Universität vom Februar 2021

Friedensregion Bodensee e. V.: Forderungen für eine konsistente Friedenspolitik der zukünftigen Bundesregierung anlässlich der Bundestagswahl 2025

Kriege haben Konflikte zur Ursache, die nicht angemessen und rechtzeitig bearbeitet wurden. Militärische Gewalt kann nichts zur Beseitigung der Konfliktursachen beitragen und löst keine Probleme. Sie verschärft diese Probleme, befeuert unkontrollierbare Eskalationsspiralen und verursacht unsägliches Leid für Mensch und Natur. Sie setzt die Menschheit der Gefahr eines atomaren Holocausts aus. Zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung ist nicht naiv und realitätsfern, sondern wesentlich erfolgreicher als gewaltsame Reaktionen. Das ist wissenschaftlich erwiesen¹.

Friedenspolitik steht im ständigen Dialog mit *allen* Konfliktpartnern – ob sie uns gefallen oder nicht. Sie bearbeitet alle Konflikte und Konfliktursachen auf konstruktive Weise, indem sie die Interessen aller Seiten zum Ausgleich bringt und Strukturen so gestaltet, dass sie Frieden, soziale Gerechtigkeit und ökologische Unversehrtheit fördern. Friedenspolitik umfasst nahezu alle Politikbereiche: ohne Friedensbildung, sozialstaatliche Fürsorge, soziale Gerechtigkeit im Innern wie in den Außenbeziehungen, ohne Schutz der Natur und des Klimas kann es keinen Frieden geben.

Deshalb erwartet die Friedensregion Bodensee e.V. von der zukünftigen Bundesregierung folgende Schritte:

- 1) Eine aktive Friedenspolitik, die eine schrittweise militärische Abrüstung ermöglicht.
- 2) Deutliche Erhöhung der Mittel für den Zivilen Friedensdienst, zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention sowie der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe zu Lasten des Militärhaushalts.
- 3) Keine Mittelstreckenraketen „SM-6“ und Überschallraketen „Dark-Eagle“ sowie „Tomahawk“ Marschflugkörper auf dem Gebiet der Bundesrepublik.
- 4) Beendigung der „nuklearen Teilhabe“ und Abzug des US-amerikanischen Militärs aus Deutschland.
- 5) Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag.
- 6) Sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen an die Regierungen der Ukraine, Israels und aller anderen Staaten.
- 7) Unterstützung eines sofortigen Waffenstillstandes, von Verhandlungen und einer *UN-gesicherten* Friedenszone in der Ukraine und in Israel/Palästina. Keine NATO-Erweiterungen.
- 8) Beendigung einer an der neoliberalen Ideologie ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Stärkung des Sozialstaats, ein „Sondervermögen“ für Bildung, Natur- und Klimaschutz, ein gemeinwohlorientiertes statt renditeorientiertes Gesundheitssystem. Aufbau einer gemeinwohlorientierten und solidarischen Postwachstumswirtschaft.
- 9) Stopp des Imports von LNG (Frackinggas), das Klima, Mensch und Natur schädigt.
- 10) Gerechte Außenbeziehungen auch zu Nicht-EU-Staaten. Ein Lieferkettengesetz, das Arbeitende und die Natur im gesamten Produktions- und Vermarktungsprozess schützt.

¹ Z. B. Chenoweth, Erica & Stephans, Maria J. (2011). Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. New York: Colombia University Press

Die FRIEDENSREGION BODENSEE setzt sich ein für:

- Frieden durch Diplomatie und Abrüstung
- Klimagerechtes Wirtschaften unter Bewahrung der Mitwelt
 - Ein gutes Leben für alle (*buen vivir*)
- statt Überkonsum für wenige und Armut für viele
- Mehr Demokratie wagen statt Denkverbote, Sanktionierung und Ausgrenzung



So kannst Du bei uns mitmachen:

- Komm zu unserem friedenspolitischen Stammtisch: Jeden 2. Freitag im M. im Gasthof Engel in ÜB, 19 Uhr
- Arbeite mit in unserem Arbeitskreis: Jeden 2. Montag im Monat 18 Uhr Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg
- Nimm teil an unseren Politischen Kamingesprächen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemen jeweils am letzten Montag im Monat in ÜB, Ort nach Bekanntgabe auf Homepage/ Aktuelles
- Tausche Dich aus mit anderen über ein erfülltes und widerständiges Leben im alltäglichen Wahnsinn des Kapitalozäns: Resilienzgruppe online jeden 1. Montag im Monat 18 Uhr

Infos und Newsletter: www.friedensregion-bodensee.de
Videos: www.youtube.com/@friedensregionbodensee3659
Kontakt: info@friedensregion-bodensee.de



Wir unterstützen

SICHERHEITNEUDENKEN.de und den Internationalen Bodensee-Friedensweg

